

STELLUNGNAHME

Walter Meischberger – 3. August 2020

Ich möchte in meinem Statement gerne auf die Zeugen Manzenreiter und Zehetner eingehen, auf die Zeugen im Umfeld der Bank Austria und der CA Immo, die Zeugen Sevelda und Schmid, sowie auf zwei weitere Themen, die im Zusammenhang mit dem Prozessverlauf stehen.

Zeugenaussage Helmut Manzenreiter:

Dieser bestätigte voll und ganz meine Darstellung des politischen Spiels Haider mit der ESG. Manzenreiter bestätigte auch meine These, dass Haider der Stadt Villach politisch gesehen den „Schwarzen Peter“ zukommen lassen wollte, nachdem Haider sein in drei Wahlkämpfen mehrfach gegebenes Wahlversprechen nicht mehr einlösen konnte. Der Zeuge Manzenreiter sprach wörtlich von einem politischen Druck und einem politischen Match, das da gelaufen ist.

Er bestätigte damit auch vollinhaltlich, welche wichtige Rolle politische Partikularinteressen (in Kärnten war es die Aufhebung der Gemeinnützigkeit) in den verschiedenen Bundesländern im strategischen Umfeld dieses Vergabeprozesses Einfluss genommen haben. Deshalb war es wichtig für eine erfolgreiche Abführung des Bieterprozesses diesen Bereich auch von strategischen Experten zu beobachten - und wenn möglich auch beeinflussen zu lassen.

Der Vollständigkeit halber: Die Frau Vorsitzende hat den Ex-Bürgermeister Manzenreiter gefragt, ob er im Wahlkampf 2004 eine Wahrnehmung zu diesem Thema hatte. Diesbezüglich hatte er wenig Erinnerung. Ja, Im Juni 2004 waren Landtagswahlen und Europa Wahlen, die Manzenreiter wenig berührten, weil er bei diesen Wahlen nicht persönlich kandidierte. Medienberichte zeigten aber schon auf, dass dieses Thema bereits 2003 bei den Gemeinderatswahlen in Kärnten ein großes war, damals war Manzenreiter auch persönlich betroffen. Wie wichtig - politisch gesehen - das Thema ESG-Verkauf in Kärnten gewesen ist - insbesondere aber für den in einer politischen Doppelrolle agierenden Landeshauptmann Haider - zeigt Manzenreiters Aussage, der wörtlich sagte, es sei auf der politischen Ebene in Kärnten einfach darum gegangen, „wer wird politisch schuldig am Kärntner Wohnungsverkauf ...“

Weiters möchte ich auf eine interessante Aussage Manzenreiters hinweisen, die seinen damaligen Kontakt mit Raiffeisen Oberösterreich Generaldirektor Ludwig Scharinger betrifft. Manzenreiter sagte klar aus, dass Scharinger ihn bereits vor der Vergabe der Bundeswohnungen kontaktiert hatte.

Das ergibt aber automatisch auch die Frage, woher Scharinger zu diesem frühen Zeitpunkt wissen konnte, dass auch der Stadt Villach in der Verwertung der ESG eine von Haider zugeordnete Rolle zukommen wird, wenn nicht von Haider selbst. Was wiederum den Schluss zulässt, dass Haider und Scharinger vor der Vergabe in engem Kontakt gestanden sind.

Durch die konsequente Aufarbeitung des Gerichtes kommen nun eine Reihe von Fakten zum Vorschein, die einen gemeinsamen Plan, eine gemeinsame Vorgangsweise, zwischen LH Haider und dem Chefs der RLB OÖ, Ludwig Scharinger, faktisch aufzeigen.

- Die Kontaktaufnahme Scharingers zu Bürgermeister Manzenreiter erfolgte noch vor der Vergabe. Das belegte ein Telefongespräch zwischen Haider und Scharinger am 11.6.2004...
- Der erstellte Vertrag des Dr. Mitterbauer bezüglich eines Vorkaufsrechtes betreffend die ESG für das Land Kärnten vom ev. neuen Eigentümer RLB OÖ vom Sonntag den 13.6.2004
- Der im Terminkalender Scharingers vermerkte Besuch des Landesrats Pfeifenberger bei Scharinger in Linz noch am 14.6.2004.

- Und dann kam da noch die interessante Aussage des Zeugen Wolfhard Fromwald, damals CA Immo Vorstand.

Allesamt Fakten die auf ein großes Interesse Haiders, auf eine intensive Einmischung Haiders, eine klare Strategie Haiders und auf eine Zusammenarbeit Haiders und Scharingers hinweisen, bzw. eine solche zumindest logisch erscheinen lassen.

Ein weiterer wichtiger Handlungsstrang, welcher der WKStA aufgrund der Aktenlage bekannt sein musste, von dieser aber nicht untersucht wurde. Einfach deshalb, weil es nicht in den politischen Auftrag und das Konzept der „Grasser-Jagd“ passte. Auch ein Faktum in diesem Prozess, das sich immer wieder bestätigt.

Es stellt sich bezüglich von nicht untersuchten, nichts destotrotz für die Wahrheitsfindung sehr wichtigen Handlungssträngen, auch eine weitere Frage:

Haider und ich standen auf der skurrilen Tatplan-Skizze des Willibald Berner. Es ist spätestens seit 2012 durch eine unter Wahrheitspflicht getätigte Aussage im U-Ausschuss klar, dass ich von Dr. Haider jene Information erhalten habe, die ich über Hochegger an das Österreich-Konsortium weitergegeben habe.

Da stellt sich doch die berechtigte Frage: Warum wurde kein Geldfluss zwischen mir und Haider untersucht? Warum gab es keine Kontenöffnungen im Umfeld von Haider? Wäre doch viel logischer gewesen nach all meinen Aussagen vor der Staatsanwaltschaft 2009, meiner unter Wahrheitspflicht vor Gericht getätigten Aussagen bereits 2011, oder spätestens seit meiner unter Wahrheitspflicht getätigten Aussagen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss 2012.

Also ein weiterer Handlungsstrang, der von der WKStA nicht untersucht wurde, weil er natürlich die abstruse Tatplan Unterstellung dieser Anklage im Vorhinein vollkommen ad absurdum geführt hätte. Es ist auch ein Hinweis, dass die WKStA selbst nicht an ihre abstruse Tatplan Unterstellung glaubte.

Zeugenaussage Eduard Zehetner:

Herr Zehetner wusste genau gar nichts, er baute sein „Wissen“ ausschließlich auf komprimiertes, manipulativ verzerrtes Zeitungswissen und auf Aussagen von Wichtigtuern in seinem Umfeld auf. Und zog daraus eigene Schlussfolgerungen, die er gegenüber von Medien zum Besten gab.

Auch konnte er seine damals medial gegen Petricovics aufgestellte Behauptung, „die halbe Stadt hätte von den 960 Millionen gewusst“ mit nichts belegen. Zehetners Aussage wurde von der Staatsanwaltschaft und den einschlägigen Medien jahrelang als eine belastende Aussage gegen die Angeklagten gespielt, jüngst auch wieder vom „PD“ der StA, der APA.

Zehetner kann aber die Angeklagten gar nicht belasten. Er reiht sich nämlich genau in jenes Muster ein, das bereits den gesamten Prozess begleitet: Nämlich in die Reihe sogenannter „Belastungszeugen“,

- die keine persönlichen Wahrnehmungen haben,
- Dinge vom Hörensagen oder Zeitungslesen behaupten,
- Dinge die durch niemanden und nichts bestätigt werden, und aus einem Motiv heraus agieren, eine persönliche Rechnung mit einem der Angeklagten begleichen zu wollen (in diesem Fall wohl mit Dr. Petrikovics).

Sehr erhellend für mich waren hingegen die Aussagen der Zeugen aus dem Spektrum CA Immo und der Bank Austria:

Insbesondere die Zeugen Fromwald, Engelsberger, Höller, Mendel, Randa, Madlencnik, Ettenauer, Pros, Nidetzky und noch einige andere. Die Zeugen haben mehrere Dinge klargelegt die mich zu neuen Erkenntnissen führten.

Vorab wäre vielleicht zu sagen, dass ich bezüglich der Vorgänge innerhalb der Bank Austria und innerhalb der CA Immo keine Kenntnisse hatte. Das heißt auch keine eigenen Wahrnehmungen und wenig Information über Dritte. Deshalb kann ich - wie das Gericht auch - heute, als mehrfach Betroffener, von diesen damaligen Vorgängen nur meine Schlüsse aufgrund der Zeugenaussagen ziehen, was ich hiermit tue.

Meine persönlichen Wahrnehmungen in Bezug auf die CA Immo kann ich grob in vier Phasen einteilen:

Phase 1: Ende 2003 bzw. Anfang 2004 bis Mitte Mai 2004

Die damalige Wahrnehmung war, dass es da einen Bieter gibt, der nicht wirklich ernst zu nehmen ist, weil er für dieses riesige Übernahmevermögen einfach grundsätzlich zu klein ist. Das gesamte Immobilienportfolio der CA Immo umfasste damals ungefähr eine Größenordnung von 250 Mio. Euro, während das Übernahmepaket ungefähr den zehnfachen Wert betroffen hat. Außerdem war die CA Immo damals auf Geschäfts- und Gewerbeimmobilien spezialisiert, nicht auf Wohnungen. Deshalb hat die CA Immo in meinen strategischen Überlegungen damals, bis ca. Mitte Mai 2004, keine Rolle gespielt.

Phase 2: Ab ca. Mitte Mai...

... wurde am Markt immer wieder darüber gesprochen, dass hinter der CA Immo die Bank Austria steht und für das Bieten der Anbotssumme der CA Immo rund 900 Mio. bis zu einer Milliarde zur Verfügung stellt. Von diesem Zeitpunkt an hat man am Markt die CA Immo erst wirklich in die Überlegungen um den Kreis der möglichen Anbotsleger im Juni aufgenommen. Das hatte insofern einen Reiz, als dass man damals die Bank Austria eher der linken Reichshälfte zugeordnet hat und ich auch wusste, dass die Bank Austria die traditionelle, ewige Hausbank der BUWOG und der WAG gewesen ist, was wiederum verschiedene andere strategische Überlegungen angestoßen hat.

Phase 3: Am 7. Juni...

... war mir endgültig klar, die CA Immo, eigentlich die Bank Austria, meint es ernst und ist der einzige Konkurrent des Österreich-Konsortiums, noch dazu ein österreichischer.

Phase 4: Ist Jahre nach der Vergabe eingetreten...

... als inmitten des medialen Aufpoppers des BUWOG Skandals ich im Radio hörte, dass mich, gemeinsam mit anderen, die CA Immo mit einer 200-Millionen-schweren Schadenersatzklage bedrohte, was für mich 2010 punktgenau in das politische Spiel um das Skandalisieren der BWBG Vergabe von 2004 passte. Damit war die CA Immo ab diesem Zeitpunkt vor allem ein politischer Gegner.

Neu, und - wie bereits gesagt - sehr erhellend, sind deshalb für mich die Erkenntnisse aus den Zeugenaussagen der letzten Verhandlungstage. Diese sind:

Erste Erkenntnis:

Der eigentliche Unternehmer hinter dem Angebot der CA Immo war einzig und allein die Bank Austria. Die CA Immo diente - und dies zumindest gegen den ursprünglichen Willen des Vorstandes Engelsberger und des Aufsichtsrats Nageler - als Vehikel für die bestimmende Bank Austria, die offensichtlich Gründe hatte, im Hintergrund zu bleiben.

Die Frau Vorsitzende hinterfragte immer wieder, wer der Treiber hinter diesem Geschäftsansinnen gewesen ist...

Dazu muss man auch wissen, dass die Bank Austria wie schon gesagt, die ewig angestammte Hausbank der BUWOG gewesen ist. Sie war auch Kreditgeber der BUWOG und der WAG in dreistelliger Millionenhöhe. Und es gab auch eine starke Kundenbeziehung zwischen der BUWOG und WAG als Genossenschaft und sicher auch mit vielen Tausenden ihrer Mieter. Wahrscheinlich auch ein Grund dafür, warum die Bank Austria dieses Geschäft nicht verlieren wollte und auf diesem Weg versucht hat, mit dem Vehikel CA Immo im Vordergrund die Wohnungsmasse weiterhin auch als Bankgeschäft an sich zu ziehen.

Es scheint nach den Zeugenaussagen klar zu sein, dass die Bank Austria in Person von Herrn Ettenauer der Treiber hinter der Anbotsabgabe der CA Immo gewesen ist, gegen den ausgesprochenen Willen eines Vorstandes und eines Aufsichtsrats der CA Immo. Und es ist schon bemerkenswert, dass der Aufsichtsrat in so einem Geschäftsfall den Vorstand vorantreibt, ihm sogar einen Bankmitarbeiter der Bank Austria als Sachbeauftragten beistellt.

Also heute ist klar: Der wirkliche Entscheider war Dr. Ettenauer, damals Bank Austria, und der wirkliche Sachbearbeiter war der Bank Austria Mitarbeiter Höller. Die Bank Austria ist also im Driver Seat gesessen. Der wirkliche Unternehmer hinter dem Anbot der CA Immo war die Bank Austria. Die CA Immo war nur ein Vehikel der Bank Austria.

Zweite Erkenntnis:

Es wurde durch die Erhebungsarbeit des Gerichtes klar, dass es sich bei der Summe keinesfalls um eine Obergrenze der finanziellen Möglichkeiten des Bieters CA Immo gehandelt hat, sondern um eine frei gewählte Anbotssumme der CA Immo bzw. der ihr offensichtlich übergeordneten Bank Austria.

Damit geht aus den Aussagen der Zeugen aus dem Umfeld der CA Immo und der Bank Austria hervor, es war ganz einfach die freie, aber falsche Einschätzung und Entscheidung der Bank Austria genau soviel bzw. genauso wenig, zu bieten, wie man letztlich geboten hat.

Dritte Erkenntnis:

Die Existenz der berühmten Summe 960 Millionen, bzw. deren Teilsummen, war zumindest 21 Personen, wahrscheinlich sogar mehr, bereits Wochen vor Abgabe des ersten Angebotes, alleine im Umfeld der CA Immo und ca. ebenso vielen Personen war diese im Umfeld der BA, bekannt. Das heißt, alleine in diesem Umfeld kannten diese Summe, oder hatten zumindest Zugang zu diesen Summen, bereits rund 35 - 40 Personen einige Tage, bzw. sogar Wochen vor Abgabe des ersten Anbots.

Fünf Gremien der Bank Austria sind spätestens seit 18.5.2005 über ein Kreditvolumen von 900 bis zu 1 Mrd. informiert. Das war ex post auch der wahrscheinliche Grund, warum am Markt von der Rolle der Bank Austria hinter der CA Immo und die Größenordnung von 900 bis zu einer Milliarde Euro gesprochen wurde, und dies vor den entscheidenden Anbotsrunden bis zu mir durchgedrungen ist. Das habe ich schon seit Jahren ausgesagt.

Vierte Erkenntnis:

Es handelte sich damals offenbar um ein zumindest hinterfragenswürdiges „Interessen- und Informationskonglomerat“ rund um die Bank Austria.

Wie sich jetzt hier in der Hauptverhandlung herausstellt, hat sich nicht die Bank Austria hinter die CA Immo gestellt, sondern vielmehr hat die Bank Austria die CA Immo vor sich gestellt.

Man könnte jetzt meinen, das wäre im Sinne der Wahrheitsfindung egal. Es ist aber nicht ganz egal, denn es stellt sich in diesem Zusammenhang schon die Frage: Warum ist denn die Bank Austria nicht selbst offen als Unternehmer aufgetreten, wie das auch ihr Konkurrent, die RLB OÖ, im Rahmen des

Österreich-Konsortiums getan hat, sondern hat vielmehr die auf den ersten Blick strategisch leicht zu unterschätzende CA Immo vorgeschoben?

Galt es seitens der Bank Austria etwa etwas zu verbergen? Zumindest die schiefe Optik, die sich aus diesem offensichtlichen Interessenkonglomerat rund um die damalige Bank Austria ergibt?

- Da war die Bank Austria mit ihrer 100% Tochter CA IB auf der Seite der Verkäufer, also der Republik und ihrer Investmentbanken, und damit im vollen Informationsfluss.
- Dann war da das von der Bank Austria gesteuerte Vehikel CA Immo auf der Käuferseite.
- Dann war da noch die Bank Austria selbst, die als traditionelle Hausbank der BUWOG und der WAG sich irgendwie auf der Seite der zu verkaufenden Genossenschaften wiedergefunden hat, zu den Geschäftsführern von BUWOG und WAG beste Beziehungen pflegte, und deshalb auch mit besonderen Interessen und Informationen ausgestattet war...

Jedenfalls mussten die „Chinese Walls“ innerhalb des Bank Austria Konzerns länger sein, als die echte chinesische Mauer mit ihren 4.000 Kilometern, um alle Interessen und Informationsflüsse rechtlich einwandfrei auseinanderzuhalten. Ob das so geschehen ist, könnte man auch bezweifeln.

Vor allem auch wenn man sich an die Aussage des Vorstandes Engelsberger hier in der Hauptverhandlung erinnert, der von einer Zusammenarbeit mit der CA IB gesprochen hat, und selbst sogar ein Mandat der CA IB bei der CA Immo in dieser Sache zumindest für möglich hielt.

Oder wollte man etwa als damals deklariertes Teil der Bankenwelt der linken Reichshälfte nicht offen auftreten, weil man vermutete, die Verkäuferseite hätte eine Präferenz für einen Käufer aus der rechts zugeordneten Reichshälfte?

Der Vollständigkeit halber sei in diesem Zusammenhang auch erwähnt, dass die beiden Geschäftsführer der Genossenschaften BUWOG und WAG, die Zeugen Schön und Schuster, zumindest damals der Sozialdemokratie zuzurechnen waren und deshalb deren Interessen bezüglich des zukünftigen Eigentümers, wohl eher bei der damals ebenfalls der linken Reichshälfte zuzuordnenden Bank Austria gewesen sind. Deshalb wohl auch deren Sympathien im Vorfeld für die CA IB als Investmentbank anstelle Lehman. Es sind da wohl politische Welten aufeinandergeprallt zwischen sozialdemokratisch geprägten Genossenschaftsführern und schwarzblauen Privatisierern.

Jedenfalls musste es seitens der Bank Austria handfeste strategische Überlegungen gegeben haben, die dazu führten die Hausbank der BUWOG, die Mutter des Interessenkonglomerats CA IB, CA Immo und Bank Austria im Hintergrund zu halten.

Ein weiterer Beweis dafür welche wichtige Rolle strategische Überlegungen bzw. auch strategische Beratung, Kommunikation und Information in diesem besonderen Geschäftsfall gespielt haben.

Fünfte Erkenntnis:

Die CA Immo war nach Abgabe des ersten Angebotes und vor Abgabe des Last and Final Offers (LAFO) vollumfänglich im Besitz jenes Informationsstandes, um die Situation über die Angebote der ersten Runde richtig einschätzen zu können.

Im Falle der Information der CA Immo, über deren Informanten sich Fromwald partout nicht erinnern können will, von wem er diese hatte, obwohl innerhalb der CA Immo ausreichend über deren Inhalt beraten wurde, aufgrund derer der neue Anbotspreis in der LAFO Runde diskutiert und beschlossen wurde, und diese in vier offiziellen Dokumenten der CA Immo, bzw. Bank Austria erwähnt wird, wurde seitens der WKStA nie eine Untersuchung eingeleitet. Ich frage mich, warum? Nur weil es in der politisch beauftragten Grasser-Jagd nicht hilfreich war?

Alles was man an Erhebungen geleistet hat, waren die Befragungen von Fromwald und Ettenauer bezüglich dieser „informellen Information“.

Und da kommt schon etwas Interessantes zum Vorschein. Während Ettenauer hier im Gerichtssaal versucht hat den Wert der Information herunterzuspielen und diese als unsicheres Gerücht bezeichnete, stellte der selbe Zeuge Ettenauer in seiner zweiten Aussage vor der Staatsanwaltschaft in seiner zweiten Einvernahme, anlässlich derer es sich nur um dieses Thema gehandelt hat, offen in den Raum, die Information kam von Fromwald und dieser könnte die Information von Krieger, also von Lehman haben.

Das sagt ausgerechnet Ettenauer, der von Fromwald wohl als allererster über dieses „informelle Informationsgespräch“ informiert wurde. Ich gehe davon aus, dass sich Ettenauer was dabei dachte, wenn er diesen heiklen Informationsweg gegenüber der Staatsanwaltschaft so deutlich in den Raum stellt.

Wenn es nun so ist, dass Fromwald diese absolut werthaltige Information hatte, die laut offizieller CA Immo / BankAustria Dokumente folgende richtige Fakten beinhaltet, konnte ihm diese Information nur wer gegen haben, der mit der Vergabe befasst war, oder direkten Zugang zu den Inhalten der Vergabe hatte, kennen konnte:

- mehr als 3% Vorsprung auf den nächsten Bieter - so lese ich es im Protokoll, und ist es eine richtige Information,
- die richtige Nennung jener Bieter die am 4.6. ein Angebot abgegeben haben (Blackstone, Ö Konsortium, CA Immo)
- dass ein Bieter eine signifikante Erhöhung des Kaufpreises geboten habe, im Falle einer schnelleren Zuschlagserteilung.

Betrachtet man all diese Inhalte der „informellen Information“, kommt man zum Schluss, dass es sich sicher nicht um ein oberflächliches Gerücht handelte, sondern um eine handfeste Information.

Jedenfalls - das lässt den Schluss zu - hatte die CA Immo selbst jede Information, die das Österreich-Konsortium auch hatte.

Es herrschte also Waffengleichheit, den Informationsstand betreffend, zwischen den beiden Bietern der letzten Runde, und die CA Immo hätte laut Aussage des Zeugen Fromwald ohne weiteres auch 970 Millionen bieten können - und hat dies aus freiem Willen und nach ausführlichen strategischen Überlegungen auf Basis der vorhandenen handfesten Informationen nicht getan. Ein selbstgemachter Fehler im Hause CA Immo / Bank Austria.

Auch andere Fehler wurden gemacht, wie die Zeugen Fromwald und Ettenauer zugegeben haben.

- Die Finanzierungsgarantie wurde ohne Not in dieser Ausführlichkeit dem ersten Anbot beigelegt,
- Es ist auch ein Bild gezeichnet worden, dass in der CA Immo wenig bis keine Erfahrung mit derartigen Vergabeprozessen vorhanden war,
- Es ist klar geworden, dass die CA Immo und das beschäftigte Bank Austria Umfeld spätestens seit 26.5.2004 direkt oder indirekt in Unterlagen, Berechnungsmodellen, Urkunden, Protokollen und in Sitzungen mit der Summe von 960 Millionen hantiert hat und dadurch mindestens 21 Personen, wahrscheinlich mehr, direkten oder indirekten Zugang zu dieser heute im Verfahren so bedeutenden Summe hatten.
- Und aus dem lapidaren Hinweis „wer weiß für was es gut ist“, die Summe von 960 Mio. im LAFO um 100.000 Euro zu erhöhen, könnte man auch ablesen, dass die Verantwortlichen ihrem eigenen Umfeld puncto Diskretion offenbar selbst nicht mehr vertraut hat.

Trotzdem, trotz all der offensichtlichen und zugegebenen Fehler, mimt die CA Immo seit fast zehn Jahren in der Öffentlichkeit, und seit zweieinhalb Jahren hier im Gerichtssaal, den „armen Betrogenen“, der Schadenersatz für seine eigenen Fehler von anderen will, und Herr Rechtsanwalt

Lehner spielt den „Retter der Enterbten“. Es wird Zeit dass dieser Mythos des Betrogenen zu Grabe getragen wird.

Die CA Immo bedroht einen Teil der Angeklagten seit ungefähr zehn Jahren mit einer Schadenersatzklage in der Höhe von schlappen 200 Millionen Euro und die Republik Österreich gleich mit 1,9 Milliarden! Ich frage mich, wie kommt die CA Immo dazu dieses Spiel zu spielen, denn offensichtlich wäre die Rolle, welche die Bank Austria mit ihrem Vehikel CA Immo selbst gespielt hat, absolut untersuchenswert? Zum Einen gibt es ein undurchsichtiges Interessenskonglomerat zwischen CA IB, und ihrer Mutter Bank Austria, die sich während des Vergabeprozesses wiederum einige Monate hinter ihrem Vehikel CA Immo versteckt hielt. Und andererseits wäre wohl auch zu hinterfragen, woher und auf welchem Wege die Information, die in den Aufsichtsrats- und Vorstandsprotokollen vermerkt ist, eigentlich gekommen ist...

Ein Bieterverfahren wie in diesem Fall ist ein Wettbewerb auf wirtschaftlichen und strategischen Grundlagen. In etwa auch vergleichbar mit einem sportlichen Wettbewerb. Der, mit den besten Werten, gewinnt. Die Bank Austria, bzw. ihr Vehikel die CA Immo, erinnert mich in ihrem Verhalten an einen schlechten Verlierer in einem sportlichen Wettbewerb. Nehmen wir mal als Bild den olympischen 100-Meter Sprint, die Königsdisziplin aller Wettkämpfe zum Vergleich. Da gibt es Vorläufe, und über die Vorläufe qualifiziert man sich für ein alles entscheidendes Finale, bei dem dann erst die Medaillen vergeben werden.

Wenn ich hier einen Vergleich anstellen darf, erscheint es so als ob die Bank Austria im Vorlauf gegen den Mitbewerber überlegen gewonnen hat und sich deshalb in Sicherheit wiegte. Beide Mitbewerber steigen weiter ins alles entscheidende Finale auf. In diesem alles entscheidenden Finale ist aber die Bank Austria, der klare Sieger des Vorlaufs, letztlich knapp unterlegen, weil eben der Mitbewerber bedeutend schneller gelaufen ist als im Vorlauf. Und in weiterer Folge spielt die Bank Austria den um den Sieg Betrogenen, weil der Gegner im Finale schneller gelaufen ist, als er im Vorlauf angezeigt hat.

Faktum ist: Die Bank Austria, die CA Immo und das Österreich-Konsortium hatten vor der Abgabe des LAFO den genau selben Informationsstand über Mitbieter und Anbotsummen des jeweiligen Mitbieters. Das „Österreich-Konsortium“ hat seine, praktisch gleichwertigen „informellen Informationen“ die durch mich an Hohegger und von diesem an Petrikovics überbracht wurden, nur um eine gute Million besser genutzt als die CA Immo ihre Informationen, deren Quelle bis heute von der CA Immo geheim gehalten wird, um weiterhin hier im Hause und in der ganzen Republik die von der WKStA zuge dachte „Opferrolle“ zu Unrecht spielen zu können.

Und Faktum ist: Die CA Immo bzw. die Bank Austria haben einfach handwerklich schlecht gehandelt, die falschen Analysen und Entscheidungen getroffen und aus freien Stücken zuwenig geboten. Deshalb sind sie im Bieterwettbewerb unterlegen.

Schluss mit der Story des „armen Betrogenen“.

Ich möchte das hohe Gericht auch darauf hinweisen, dass durch die Aussagen dieser Zeugen, meine Aussagen gegenüber der WKStA seit Herbst 2009, aber insbesondere auch als Zeuge vor Gericht in Medienprozessen, unter Wahrheitspflicht im Korruptions-Untersuchungsausschuss des Parlaments im Jahr 2012, sowie hier im Rahmen meiner gesamtzusammenhängenden Darstellung, vollinhaltlich bestätigt wurden.

Insbesondere jene Aussage, dass vor der Abgabe des LAFO insgesamt aus dem Umfeld der CA Immo, der Bank Austria, den Teilnehmern an der Sitzung im gelben Salon, der Investmentbanken, Rechtsanwalts-Kanzleien, etc., mehr als 70 Personen in Besitz der Information über die Summe 960 Mio. gewesen sind. Nicht NUR Grasser, wie dies die WKStA in der Anklageschrift und bis heute bewusst fälschlicherweise behauptet.

Bemerkenswert: Diese Aussagen, der erwähnten Zeugen Ettenauer, Frommwald, Engelsberger, Mendel, Randa, Fuhrmann, Pros und Höller, die diesen ganz klaren Blick auf die Vorgänge ergeben,

waren der WKStA schon seit spätestens 2013 bekannt, trotzdem hat die WKStA wider besseren Wissens die Mär aufrecht erhalten, nur Grasser konnte diese Summe gewusst haben und darauf die gesamte Anklage aufgebaut.

Das ist Unrecht. Das ist bewusster Missbrauch verliehener Staatsgewalt zum Schaden vieler Personen mit weitreichenden Folgen.

Zur Frage ob die „informelle Information“ der CA IMMO rechtens war oder nicht:

Die Frau Vorsitzende hat anlässlich der Befragung von Herrn Fromwald auch an Herrn Petricovics eine Frage bezüglich der Legalität bezüglich des Erhalts einer Information über das Ergebnis der ersten Runde gestellt. Konkret wurde die Frage gestellt, ob eine informelle Information, was immer auch dieser Ausdruck rechtlich bedeutet, legal oder illegal ist, bzw. ob Dr. Petrikovics meint, dass eine solche Information, wie er sie auch erhalten hatte, rechtmäßig wäre, wenn Dr. Wess behauptet, die informelle Information die Mag. Fromwald erhielt, illegal sei.

Dazu gibt es zu sagen, dass es sicher ganz darauf ankommt, von wem Fromwald bzw. auch Petrikovics die Information erhalten hat bzw. wie der Informant zur Information gekommen ist.

Vergleichen kann man beide Informationen bezüglich ihrer Rechtmäßigkeit meiner Ansicht nach wohl nur dann, wenn die Herkunft der jeweiligen Informationen auch forensisch untersucht wird. Dies ist im Fall meiner Information, die ich von Dr. Haider erhalten habe, und an Dr. Hohegger weitergegeben wurde und von diesem zu Dr. Petrikovics und dem Österreich-Konsortium gelangte, wohl in siebenjährigen Ermittlungen passiert, und passiert hier durch das Gericht immer noch, während dies im Falle der Fromwald Information nie passierte.

Meines Erachtens ist die Petrikovics betreffende Information vollkommen legal, weil weder Haider, noch ich, noch Hohegger einer Geheimhaltungsverpflichtung in irgendeiner Weise unterlegen sind. Ganz im Gegenteil, Hohegger und ich ja sogar vertraglich verpflichtet waren, Marktinformationen an das Österreich-Konsortium zu überbringen. Das bedeutet - wenn ich die Debatte vom 149. Prozesstag als Nichtjurist richtig deute - habe ich eine völlig legal erhaltene Information, möglicherweise „informelle Information“, formell und legal an Hohegger überbracht und dieser hat anschließend eine „formelle Information“ formell und vollkommen legal an Dr. Petrikovics überbracht. Folglich hat Dr. Petrikovics formell eine legale Information erhalten.

Wenn nun diese handfeste Information von Lehman gekommen wäre, wie Ettenauer gegenüber der Staatsanwaltschaft in den Raum gestellt hat, dann wäre dies wohl, wie Dr. Wess es beschrieben hatte, eine illegale Information.

Das würde bedeuten, das Österreich-Konsortium hätte seine Information auf legalem Weg erhalten während die CA Immo eine gleichwertige Information auf illegalem Wege erhalten hätte.

Weitere Auffälligkeiten in den Aussagen der Zeugen rund um CA Immo und Bank Austria:

Der Zeuge Fromwald hat hier vor Gericht ausgesagt, er sprach von einem gewissen Fatalismus der sich ausbreitete. Das steht im Widerspruch mit AR Protokoll vom 11.6., auf Seite 3: „... die Chance bietet auch in der nunmehr letzten Runde Bestbieter zu sein ...“; nichts zu lesen über Fatalismus und Zweifel. Im Gegenteil: Voller Selbstvertrauen glaubte man daran Bestbieter zu werden.

Er hat auch ausgesagt, dass er bereits am 14.6. abends anlässlich einer Veranstaltung von einem Vertreter von Raiffeisen erfahren hat, sinngemäß „ihr habt verloren.“ Das heißt, da hatte ein -

inzwischen vom Zeugen Fromwald auch - wie schon bei der „informellen Information“ - leider „vergessener“ Raiffeisen Mann - bereits eine Information über etwas, was erst am nächsten Tag beschlossen wurde, weil die Kärntner Landesregierung erst am 15.6. die formelle Entscheidung darüber getroffen hat, das Vorkaufsrecht betreffend der ESG aufzugreifen oder nicht.

Es gibt noch eine weitere interessante Vernetzung wichtiger Handlungsstränge ... Wie wir im Verfahren gelernt haben, gab es zuvor, am 11. Juni, laut den Aufzeichnungen von Herrn Scharinger, telefonische Kontakte zwischen dem Kärntner Landeshauptmann Haider und dem damaligen Raiffeisen OÖ Generaldirektor Scharinger. Weiters kam es nach Aktenlage am 13.6., also an einem Sonntag, zur Vertragserrichtung im Auftrag der Raiffeisen OÖ: zu einem Vertrag zwischen der Raiffeisen OÖ und dem Land Kärnten bezüglich eines Vorkaufsrechtes und am 14.6. vormittags zum berühmten Jausen-Besuch des Kärntner Finanzlandesrates Pfeifenberger bei Ludwig Scharinger. Und genau an diesem Abend, bestätigt der Zeuge Fromwald, habe ihn bereits ein Raiffeisen Mann ausgerichtet, er bzw. die CA Immo „habe verloren ...“

Antrag zur Zeugenaussage von Vrabl-Sander, Leeb, Plankel, Klenk, usw.

Eine Anmerkung auch zur Ablehnung meines Antrages, mit dem ich die Zeugenaussage von Frau Vrabl-Sanda, Leiterin der WKStA, Markus Leeb, Rechtsanwalt Plankel, Florian Klenk, beantragt habe:

Ganz verstehe ich die Begründung der Ablehnung nicht. Die Frau Vorsitzende hat die Ablehnung zum Einen damit begründet dass die Eivernahme der Zeugen nicht zur Wahrheitsfindung beitragen kann, und zum Anderen mit dem Argument, der Zeitpunkt des Gespräches wäre erst nach der Anklageerhebung gewesen.

Die Einvernahme der Zeugen wäre für mich im Zusammenhang mit dem am Anfang des Prozesses überraschend gemachten Teilgeständnis eminent wichtig.

Ich gehe nämlich davon aus, dass Peter Hohegger bzw. sein damaliger Berater Markus Leeb und sein damaliger Anwalt Plankel den - in der Zwischenzeit mehrfach widerlegten - Vorfall betreffend des Gesprächs Hoheggers mit Christoph Wirnsperger nur deshalb erfunden und zum Argument seines Teilgeständnisses gemacht hat, um Schonung in anderen Verfahren zu erhalten. Und genau dieser - für das Teilgeständnis erfundene Vorfall war darauf ausgelegt, den Erstangeklagten, den Drittangeklagten und mich genau hier in dieser Hauptverhandlung zu belasten.

Deshalb habe ich als Angeklagter eminentes Interesse daran, die Vorgänge und die Inhalte des in der Zwischenzeit zugegebenen Gesprächs, das zumindest zwischen Vrabl-Sanda, Leeb und Plankel stattgefunden hat, durch unter Wahrheitspflicht getätigten Aussagen der Gesprächsteilnehmer hier in der Hauptverhandlung zu erfahren.

Wenn nun das Gericht argumentiert, dieses Treffen, hätte erst nach der Anklageerhebung stattgefunden, ist das richtig. Aber genau das ist ja wohl das Verdächtige an diesem Treffen. Ein Treffen das so nicht stattfinden hätte dürfen, weil zu diesem Zeitpunkt die WKStA nicht mehr Ermittler, sondern Partei im Verfahren gewesen ist.

Es geht eigentlich um das Zustandekommen einer Falschaussage des Viertangeklagten Hohegger im Zusammenhang mit seinem Teilgeständnis. Und auch dieses Teilgeständnis hat NACH der Anklageerhebung stattgefunden.

In der Zwischenzeit liegt mir auch eine Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage vor, die bestätigt, dass das Gespräch zwischen Vrabl-Sanda, ihrem ersten Stellvertreter und dem RA Plankel stattgefunden hat, und das Peter Hohegger dieses Gespräch wollte, um seine Aussagen zu konkretisieren und zur Aufklärung beizutragen. Also Inhalte und Aussagen, die für die anderen Beschuldigten sehr wohl von großem Interesse sind und wohl einen Aktenvermerk durch die WKStA

zur Folge gehabt haben müsste, was nicht passiert ist. Auch das wäre durch Aussagen der Zeugen aufzuklären.

Ich bin gefestigt der Meinung, nur durch Aussagen unter Wahrheitspflicht aller an diesem Gespräch direkt und indirekt Beteiligten kann geklärt werden, welche dubiose Rolle die WKStA mit diesem ungewöhnlichen Vorfall gespielt hat und welchen Zweck Hohegger mit dieser Vorgangsweise verfolgte.

Sevelda und Neudeck

Ein weiteres Thema im Rahmen dieser Stellungnahme, das bei der Zeugenbefragung des Herrn Sevelda zur Frage der Vorsitzenden bezüglich Wahrnehmungen des Verhältnisses von Dr. Haider zu Detlev Neudeck aufgekommen ist: Die Frau Vorsitzende nahm dabei auch Bezug auf die Aussage des Zeugen Berner, der hier behauptete, Haider traute dem Neudeck nicht, weil er glaubte, dass er ein Stasi Spitzel sei. Ich sagte darauf „Blödsinn“.

Das würde ich noch gerne erklären: Natürlich hat Jörg Haider dem Detlev Neudeck damals vertraut. Zwei Indizien dafür sind: Detlev Neudeck war damals der Lebensgefährte der Haider-vertrauten Generalsekretärin der FPÖ, Theresia Zierler, sicher eine Geheimnisträgerin innerhalb der FPÖ. Detlev Neudeck war Finanzreferent der FPÖ, ebenso eine hohe Vertrauensfunktion. Wer Haider jemals kennengelernt hat, weiß: Keine einzige Stunde länger wäre Zierler Generalsekretärin geblieben, oder gar Neudeck Finanzreferent, hätte Haider das geglaubt, was ihm der Zeuge Berner hier unterstellt hat. Deshalb mein Einwand „Blödsinn“.

Schmid

Schmid hat sich nicht nur nicht an eine Skizze erinnern können, sondern er wusste und weiß wahrscheinlich auch bis heute nicht, was auf der Skizze aufgezeichnet sein hätte müssen - hätte er diese jemals gesehen.

Er sprach immer von einer Firmenkonstruktion. Die berühmte erfundene Tatplan-Skizze Berners hat meines Erachtens nichts mit einer „Firmenkonstruktion“ zu tun. Das hat Schmid auch bestätigt, indem er eine Firmenkonstruktion damit erklärte, dass diese aufzeigt, wie eine Gesellschaft mit anderen zusammenarbeitet. Das ist für mich ein Beweis dafür, dass er die berühmte Tatplan-Skizze nie gesehen hat.

Danke!